

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telephon Nr. 822.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Postzeit oder deren Raum 25 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 68.

Mittwoch, den 21. März 1917.

24. Jahrg.

Der Preistarif für 1917/18.

Die heftig umkämpfte Frage der „Preisrelationen“ ist nun durch den Bundesrat zur Entscheidung gebracht. Roggen und Weizen sowie Kartoffeln sind im Preise erhöht, und wenig Trost wird es gewähren, daß die Kohlen ein wenig billiger werden sollen. Etwas eher läßt sich schon hören, daß die Viehpreise nicht unwesentlich herabgesetzt sind.

Die offiziöse Begleitung des Bundesratsbeschlusses versichert, daß die neue Preisregelung der Landwirtschaft als Gesamtheit annähernd die gleichen Einnahmen bringen werde wie bisher. Ueber die Verbraucher schweigt sie. Aber auch ihnen ist, wie erinnerlich, der Trost geworden, sie würden sich unter den neuen Preisen nicht schlechter stellen: was sie an Brot zusehen würden, das würden sie am Fleisch ersparen. Die neuen Preisrelationen sollten also unserem Geldbeutel nicht schaden, aber unserem Magen nützen, da durch sie eine erhöhte Produktion gesichert sei.

Diese Rechnung könnte vielleicht stimmen, wenn es nicht weite Kreise gäbe, für die der Fleischpreis nur theoretisches Interesse hat. Die Leute, die kein Fleisch kaufen können, auch wenn es etwas billiger wird, fahren unter dem neuen Tarif am schlechtesten, denn am Brot zahlen sie zu und am Fleisch ersparen sie nichts.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die niedrigsten Einkommen zu erhöhen, kinderreichen Familien ausreichend zu unterstützen und die Spannung zwischen Getreide- und Brotpreis so niedrig wie möglich zu halten. Hier erwacht den Gemeinden eine große Aufgabe.

Was die versprochene Sicherung der Produktion betrifft, so wird abzuwarten sein, ob die Voraussage zutrifft. Die Theoretiker des unbefchränkten Preisanstieges finden jetzt schon, daß die Erhöhungen der Getreidepreise nicht hoch genug sind und daß die Herabsetzung der Viehpreise die Fleisch- und Fettproduktion gefährde. Die Landwirte werden aber nach wie vor nicht das produzieren, was die Allgemeinheit am nötigsten braucht, sondern das, was ihnen den höchsten Ertrag verpricht.

Zweck der neuen Preisrelation ist, zwischen Verbraucher- und Erzeugerinteressen den richtigen Ausgleich zu schaffen. Indem der Landwirt produziert, was ihm das meiste einbringt, wird er — so wird angenommen — auch produzieren, was die Allgemeinheit am nötigsten braucht. Trifft diese Annahme zu, dann haben die neuen Preisfestsetzungen ihren Zweck erreicht. Trifft sie nicht zu oder nicht allgemein zu, so wird man vielleicht eines Tages doch noch bedauern, den Gedanken des fälschlich so genannten „Anbauzwanges“ von sich gewiesen zu haben. Eine sachgemäße, der Leistungsfähigkeit des Betriebes Rechnung tragende Anweisung, hinter der die Möglichkeit eines mehr oder weniger sanften Druckes steht, hätte Fehler korrigieren können, die vielleicht auch durch die am schlauesten erfundenen „Preisrelationen“ nicht sicher verhütet werden können.

Eine solche Regelung setzt aber ein Maß von gutem Willen an den obersten Stellen und ein Maß von Leistungsfähigkeit des Verwaltungsapparates voraus, das unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu erreichen ist.

An den Ernährungsverhältnissen der nächsten Wochen wird durch die neuen Preisfestsetzungen weder im Guten noch im Schlimmen etwas geändert. Denn die neuen Preise für pflanzliche Erzeugnisse beziehen sich auf die Produkte der neuen Ernte, bis zu deren Einbringung wir noch eine kritische Zeit zu durchleben haben. Am 1. Mai setzt die Senkung der Schweinepreise ein, man rechnet also für Mai und Juni mit billigerem Schweinefleisch und mit vermehrten Zufuhren, da sich den Züchtern die weitere Mastung der Tiere nicht mehr so wie bisher rentieren wird, dann sollen ab 1. Juli die billigeren Preise für Rindfleisch einsetzen, und inzwischen werden sich die höheren Preise für Brot und Kartoffeln bemerkbar zu machen beginnen. Dieser höheren Preisen wird die Wirkung vorausgesetzt, daß infolge erhöhten Preisanstieges mehr angebaut und weniger verfault wird.

Wir alle hoffen, die nächste Ernte im Frieden genießen zu können. Aber wir dürfen uns nicht einbilden, daß dann des Segens Fülle von allen Seiten auf uns hereinströmen wird. Auch das Jahr 1817 war ein schweres Notjahr, und da waren die napoleonischen Kriege schon seit zwei Jahren vorbei.

Dem Kriegsernährungsamt stehen noch Jahre schwerer Arbeit bevor. Hoffentlich kommt es endlich aus dem Stadium der Experimente heraus, und hoffentlich gelingt es auch, die politischen Widerstände, die sich der gewonnenen Einsicht bei ihrer Anwendung auf das Wirtschaftsleben entgegenstellen, zu überwinden. Auch das Jahr 1917 wird nach ein vernünftiger sein, und es ist zu wünschen, daß das Volk diese Lehre nicht allzu teuer bezahlen möge!

Der Bundesrat hat die Vorlage des Kriegsernährungsamtes über die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im wesentlichen unverändert angenommen. Danach wird für den Berliner Bezirk der Preis des Roggens auf 270 Mark, der des Weizens auf 290

Mark für die Tonne erhöht. Die bisherigen Preisunterschiede zwischen dem Osten und Westen bleiben für diese Fruchtarten bestehen. Die Hafer- und Gerstepreise werden herabgesetzt, und zwar der Preis des Hafers, der im vorigen Jahre 300 bis 360 Mark, im laufenden Jahre 300 Mark abfallend bis auf 270 Mark betrug, durchweg auf 270 Mark, der Preis der Gerste, die im vorigen Jahre bis 360 Mark und im laufenden Jahre, von geringeren Mengen billigerer Futtergerste abgesehen, zwischen 340 und 300 Mark kostete, gleichfalls durchweg auf 270 Mark unter Abstandsnahme von Zuschlägen für Qualitätsgerste. Die Preise für Hülsenfrüchte und Delfrüchte für das nächste Jahr bleiben, wie bisher festgesetzt, bestehen. Der Zuckerverbrauch mindestpreis beträgt nach der schon

bekanntgegebenen Bundesratsverordnung 2,50 Mark für den Zentner. Der Kartoffelpreis, der im laufenden Jahre bekanntlich 4 bis 5 Mark durchschnittlich etwa 4,50 Mark betrug, soll auf 5 Mark erhöht werden. Doch soll für West- und Mitteldeutschland eine Erhöhung bis zu 6 Mark pro Zentner eintreten dürfen.

Die Preise für Schlachtkörper sind vom 1. Mai ab wie folgt festgesetzt: bis zu 60 Kilogramm 53 bis 61 Mark, über 60 bis 70 Kilogramm 57 bis 65 Mark, über 70 bis 85 Kilogramm 67 bis 75 Mark, über 85 bis 100 Kilogramm 72 bis 80 Mark. Das bedeutet gegen früher eine Preiserminderung von 20 bis 25 vom Hundert.

Eine Herabsetzung der Kinderpreise soll erst am 1. Juli in Kraft treten.

Das russische Volk schreit nach Frieden.

Mit diesen Worten kennzeichnete, wie erst jetzt bekannt wird, der radikale Abgeordnete Stobelew in der am 14. März unter Abwesenheit der Rechten und des rechten Flügels der Nationalisten abgehaltenen Dumasitzung die heutige Lage in Rußland. Ernst, mahnende Worte waren es, die der Redner in dieser historischen Sitzung den kriegsmüden Herren Miljukow und Genossen zurief. Werden sie diese beherzigen; werden sie dem Verlangen des Volkes entsprechen und ihre Kriegsziele zurückstellen? Von diesem Regime glauben wir es nicht, das Volk muß selbst die Zügel der Regierung in die Hand nehmen, wenn es dem entsetzlichen Morde ein Ende machen will.

Als ein flammendes Monetele an die neuen Inhaber der russischen Regierung muß die Rede Stobelews bezeichnet werden, in der er einleitend ausführte, daß die soziale Gruppe der Duma und die Arbeiter mit den Zielen der provisorischen Regierung nur einen leichten Kontakt haben. Er warnte die provisorische Regierung, sich über die wahren Wünsche des Volkes leichtfertig hinwegzusetzen. Das Volk schreie deutlich nach Frieden, es könne sich mit den Kriegszielen der liberalen Gesellschaft keineswegs befreunden. Die Liberalen sollten jetzt, nachdem die verhasste Regierung und wahrscheinlich auch die verhasste Regierungsform für immer beseitigt sind, von den un sinnigen Kriegszielen, deren Verwirklichung Rußlands Unglück sei, lassen. Allen Erstes müsse man jetzt an eine Reform des Kriegszielprogramms herangehen. Man sollte das Blutvergießen einstellen. Rußlands Not sei nicht allein durch die Sackgassenpolitik der Regierung entstanden, die eigentliche Wurzel der russischen Not sei der Krieg. So lange der Krieg andauere, werde das russische Volk auch hungern müssen. Es müsse schnellstens dafür gesorgt werden, daß die russischen Männer, die heute in den trauererfüllten Schützengräben liegen, auf die Felder Rußlands zurückkehren und diese erneut bebauen. Falls der Krieg weitergehe, werde Rußland im nächsten Frühjahr vor einer unauflösbaren Katastrophe stehen. Viele Katastrophe werde dann auch den völligen Untergang Rußlands bringen. Die neue Regierung solle deshalb keine halben Maßnahmen ergreifen. Die Arbeiterklasse habe mit der Gesellschaft eine vorläufige Waffenruhe geschlossen, obgleich die politischen Ziele der Arbeiterklasse von denen der Gesellschaft himmelweit verschieden seien. Die Arbeiterklasse verlange stürmisch eine rasche Beendigung des Krieges. Die neue Regierung könne nur dann auf den ernstlichen Widerstand der gesamten Armee rechnen, wenn sie dem Lande den Frieden bringe.

Nach den vorliegenden Berichten ist auf diese Rede nichts erwidert worden; beschlossen wurde, den sämtlichen Städten des Reiches provisorische Selbstverwaltung und den Bürgermeistern diktatorische Befugnisse zur Behebung der Lebensmittellage zu verleihen.

Wie tief die Friedenssehnsucht im russischen Volke wurzelt, dafür steht eine am Freitag in Petersburg abgehaltene Demonstration für den Frieden den besten Beweis. Rund 18 000 Personen hatten sich eingefunden; vor dem Taurischen Palaste erhob sich die vielstimmige Stimme:

Wir wollen Frieden, wir wollen andere Straßen und Häuser wiederhaben. Der Abgeordnete Stobelew sprach vor dem Dumasgebäude auf einen Geschäftsraum und hielt von hier aus eine Ansprache an die Demonstranten. Stobelew erklärte, daß das russische Proletariat keine ganze Kraft einsetzen wolle, um den Frieden zu erwirken. Nur der Friede könne dem russischen Volke die Erfüllung aller seiner Wünsche und die Errettung vor der drohenden Hungersnot bringen. Das russische Proletariat sei bereit, der neuen Regierung seine Unterstützung zu geben, wenn sie den Frieden dem Lande bringe. Falls die Regierung sich nicht zur Vollkreterin des Willens des russischen Volkes mache, werde das Volk den Frieden selbst holen. Das Volk habe in den letzten Tagen bewiesen, daß es politische Reife besitze und sich von einer Regierung befreien könne, die nicht vom Volke getragen, sondern ertragen werden mußte. Es werde beweisen, daß es die Mittel habe, seinen Willen durchzusetzen, falls die heutige Regierung den Willen des Volkes mißachten sollte. Die Menge stimmte in den Ruf ein: Wir brauchen keine Eroberungen, wir brauchen Frieden und friedliche Arbeit.

Der neue Minister des Aeußern hat anscheinend zwei verschiedenen lautende Noten an die Verbündeten und die Neutralen herausgegeben. In der Note an die Neutralen hat er mit keinem Worte des Krieges und des Willens zum Siege gedacht; dagegen ist in der Note an die verbündeten Staaten ein Ablass erhalten, der so recht den Charakter dieser bourgeoisen Erhebung und ihrer liberalen Führer zeigt. Derselbe lautet:

Rußland wollte den Krieg, welcher seit fast drei Jahren die Welt in Blut badet, nicht, aber als Opfer des vorbedachten und von langer Hand vorbereiteten Angriffs wird Rußland fortfahren, wie früher gegen den Eroberungsgeist einer räuberischen Rasse zu kämpfen, die sich einbildet, eine unerträglich Hegemonie über ihre Nachbarn aufrichten zu können und dem Europa des 20. Jahrhunderts Schmach und die Herrschaft des preussischen Militarismus aufzuerlegen. Trennen dem Verträge, der Rußland unfähig mit seinen ruhmvollen Verbündeten einigt, ist Rußland gleich ihnen entschlossen, der Welt um jeden Preis die Völkerfriedensarbeit auf der Grundlage einer stabilen nationalen Organisation, welche die Achtung des Rechts und der Gerechtigkeit gewährleistet, zu sichern. Rußland wird an ihrer Seite den gemeinsamen Feind bis ans Ende ohne Pause und Schwäche bekämpfen. Die Regierung, welcher ich angehöre, wird alle Energie auf die Vorbereitung des Sieges verwenden und schnellstens den Irrungen der Vergangenheit, die bisher den Schwung und den Opfergeist des russischen Volkes paralysieren konnten, abzuhelfen suchen.

Von der provisorischen Regierung ist am 19. März folgendes Manifest an das Volk erlassen worden:

Mitbürger!
Das große Werk wurde mit mächtigem Schwung vollendet. Das russische Volk führte die alte Regierung. Ein erneuertes Rußland wurde aus diesem Staatsstreich geboren, den lange Jahre des Kampfes nicht erreichen konnten. Unter dem Druck der erwarteten Volkstafel verließ der Akt vom 17. Oktober 1906 Rußland verfassungsmäßige Freiheit, welche jedoch nicht in Wirklichkeit umgesetzt wurden. Die erste Duma, die Trägerin der Fortführungen der Nation, wurde aufgelöst. Die zweite hatte das selbe Los und die Regierung, unfähig, den Volkswillen zu erfüllen, beschloß, dem Volke durch einen Akt vom 3. Juni 1907 einen Teil der Gesetzgebungsrechte, die ihm versprochen waren, wieder zu entziehen. Während der zehn folgenden Jahre nahm die Regierung dem Volke allmählich alle Rechte wieder, welche es erobert hatte. Das Land wurde von neuem in den Abgrund einer unumschränkten, willkürlichen, rein verwaltungsmäßig vorgehenden Regierungswelt geführt. Alle Verträge, der Vernunft bei der Regierung gehörig zu verschaffen, vergeblich waren. Der große Weltkrieg, in den das Vaterland hineingezogen wurde, fand es im moralischen Verfall mit dem Volke und eine uneinige, für die Zukunft des Vaterlandes gleichgültige, in Schanden und Leiden verfallene Regierung. Die heldenhaften Anstrengungen der Armee, welche unter dem Druck einer grauenhaften Unordnung im Innern unterlag und die Stimme der Volkswertung, die angelegentlich nationaler Gefahr zusammentrat, waren unfähig, den ehemaligen Kaiser und seine Regierung auf den Weg des Zusammengehens zu bringen. Als daher Rußland durch geschickliches und unheilvolles Handeln der Regierenden sich vor dem größten Unglück sah, verstand es das Volk, die Macht in die eigenen Hände zu nehmen. Der revolutionäre Schwung eines gegen die Engherzigkeit des Augenblicks bewußten Volkes und der feste Wille der Reichsduma schufen eine provisorische Regierung, welche es als ihre heiligste Pflicht ansieht, die Wünsche des Volkes zu erfüllen und das Land den leuchtenden Weg freier, bürgerlicher Organisation zu führen. Die Regierung glaubt, daß der Geist hoher Vaterlandsliebe, den das Volk im Kampfe gegen die alte Regierungsform bewies, auch die tapferen Soldaten auf den Schlachtfeldern befehlen wird. Die Regierung überseht nicht, daß ihr Möglichstes tun, um der Armee das Notwendige zu liefern, damit sie den Krieg zum siegreichen Ende führen kann. Die Regierung wird allen Ansinnen anderer Mächte verbindlichen Blicken Treue bewahren. Indem die Regierung die unumgänglichen notwendigen Maßnahmen für die Verteidigung des Landes gegen den ausmärtigen Feind ergreift, sah sie es für ihre erste Pflicht an, dem Volke den Ausdruck des Willens hinsichtlich der provisorischen Regierungsform in jeder Weise zu erleichtern und baldmöglichst eine konstituierende Versammlung auf Grund eines allgemeinen Wahlrechts zu berufen, wobei sie den tapferen Vaterlandskriegern einen Anteil an den Parliamentswahlen sichern wird. Die konstituierende Versammlung

Der amtliche Kriegsbericht.

21. Großes Hauptquartier, 21. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Regen und Schneetreiben geringe Gefechtsstätigkeit.

Zwischen Arras und Vertincourt, nordöstlich von Ham und im Norden von Soissons zwangen unsere Sicherungen einzelne gemächliche Abteilungen des Gegners zum verlustreichen Zurückgehen.

Auf dem rechten Maasufer sind heute früh zwei Vorkämpfe der Franzosen im Fosseswalde gesichtet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Vorstoßgefechte ohne Bedeutung.

Mazedonische Front.

Tealangriffe der Franzosen bei Nizopol, Trnova und Kustani, westlich und nördlich von Monastir, wurden durch unser Feuer niedergehalten oder abgewiesen.

Kürzlich in Feindeshand verbliebene Höhen nordöstlich von Trnova und bei Segoovo wurden von uns im Sturm zurückgenommen. Der Gegner räumte darauf das Zwischengelände. Seine nächstlichen Versuche, die Höhen wiederzugewinnen, schlugen fehl.

Im Cetinogogen brachte unser Artilleriefeuer einen Gefechtsballon brennend zum Absturz.

Der Erste Generalquartiermeister Weverdorff.

und die Verwaltung. (Zustimmung bei den Soz.) Man sagt, das alles soll später noch dem Kriege kommen. Aber, die Maßnahmen, die die unerlässliche Voraussetzung dafür sind, daß im Kriege für das Nötige gesorgt wird, die müssen jetzt schon getroffen werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man sprach von einem Irrwahn, der vor dem Kriege herrschte, der Irrwahn eines unverständlichen Gegensatzes zwischen Arbeiterkraft und Arbeitgeber. Wir Sozialdemokraten haben stets die Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes anerkannt. Aber in vieler Beziehung ist der Staat das Handwerkszeug der bestehenden Klasse, um die Arbeiterkraft auszunutzen, und soweit es sich um den Profit handelt, besteht ein unverständlicher Gegensatz zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern. Dieser Gegensatz und Klassenkampf kann auch durch den Krieg nicht geändert werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Geben Sie den Arbeitern, was sie brauchen, um sich weiter entwickeln zu können, denn das kommt auch der Gesamtheit zugute. Die Produktionsmittel und das Produktionsverfahren sind in gewaltigem Maße ausgebaut. Jetzt muß die Arbeitskraft, der andere wichtige Faktor der Produktionskraft, entsprechend ausgebaut werden. Dazu aber braucht die Arbeiterkraft Bewegungsfreiheit. Der Vordränger sagte, man solle den Krieg nicht ausgehen lassen als einen Raubzug des Großkapitals am Mittelstand. Das Ausprechen solcher Wünsche ist sehr billig. Aber tatsächlich reißt der Krieg den Mittelstand auf. Hunderttausende von Existenzen werden zugrunde gerichtet, während sich das Großkapital bereichert. Und nach dem Kriege heißt es, alle unsere Kräfte einzusetzen, um unsere wirtschaftliche Entwicklung wieder zu fördern. Das kann aber nicht geschehen durch Förderung von Kleinbetrieben, sondern nur durch die Zusammenfassung von Großbetrieben; auf die Großbetriebe wird die Wirtschaft nach dem Kriege hinwirken müssen. Das wird zu einer ungeheuren Ausbeutung führen, wenn nicht das Proletariat im Kampfe dagegen zusammensteht. Viele unserer Gegner glauben, die Arbeiter werden nach dem Kriege nichts Besseres zu tun wissen, als sich zu vererben. Die Kämpfe werden aber dann so ernst sein, daß die Arbeiter sich einen solchen Luxus nicht leisten werden, sie werden vielmehr seit zusammenstehen, um eine neue bessere Zeit herbeizuführen. (Robuste Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Stresemann (Natl.): Wir müssen alles aufwenden, um den Krieg zu überstehen. Die Wirtschaftslage wird im Kriege naturgemäß immer schwieriger. Aber das wird immer noch so gut dauern, in ein Zeichen für die ungebrochene Kraft des Volkes. Für den Frieden wird wir wirtschaftlich gewonnen. Die Waffen unserer Gegner müssen doch schließlich verfallen gegenüber unserer und der österreichisch-ungarischen Wirtschaftskraft. Die Kriegsanstrengungen ungenügend die Handelsinteressen und bilden von der Schimärenhoffnung der gegenwärtigen Bureaukratenstellung auf das Gewimmel unter ihnen. Die Rohstoffabteilung ist Alleinherrin in der Industrie. Den Neutralen darf nicht der Handel mit Deutschland verweigert werden. Eine Teilung des Reichsamt des Innern ist nötig, kein Staatssekretär kann das ganze Gebiet leiten. Der Pressedienst muß ausgebaut und die Rechtsfragen dem Reichsjustizamt übertragen werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Brochhausen (Kons.): Es ist sehr bedauerlich, daß man nicht schon lange vor dem Kriege an die Vorbereitung auf eine wirtschaftlichen Mobilisierung gedacht hat. Dieser Vorwurf betrifft vor allem die Stelle, an der alle Fäden der inneren und äußeren Politik zusammenlaufen. Was im Kriege nachher als Wert des Augenblicks in dieser Beziehung gesehen ist, ist der Initiative Sr. Majestät des Kaisers und Königs zuzuschreiben. Bei den Kriegsgesellschaften sollte man nicht so viel Geld für teure Mieten und Einrichtungen ausgeben. (Sehr gut! rechts.) Auch dürfen die Kriegsgesellschaften nicht allzu hohe Gehälter zahlen, um so den Privatbetrieben die besten Kräfte wegzunehmen. Interessant wäre eine Zusammenstellung über die Zahl und die Zusammensetzung der einzelnen Verwaltungen sowie über die Ausgaben, die sie verursachen. Eine Trennung der Wirtschafts- und Sozialpolitik halten wir für ausgeschlossen. Diese Gebiete greifen so ineinander über, daß dadurch nur neue Resonanzwirkungen entstehen würden. Die Wohnungsfrage muß weiter im Auge behalten werden. In der Sozialpolitik ist Deutschland auch heute noch der erste Staat der Welt. Jetzt im Kriege aber große sozialpolitische Maßnahmen zu treffen, oder die vorgelegenen Ausnahmen wieder zu beseitigen, halten wir für unmöglich. Die Gegenstände zwischen Arbeitern und Arbeitgebern werden sich in Zukunft mildern lassen, wenn alle nur das Interesse des Vaterlandes im Auge haben. (Beifall rechts.)

Abg. Cieslinski (Sp.): Eine Trennung des Reichsamt des Innern könnte leicht zur Verschärfung der Gegensätze führen. Es wäre ein unhaltbarer Zustand, wenn wir etwa einen Staatssekretär für Arbeiter und einen für Arbeitgeber hätten. Gemäß erfordert die Sozialpolitik einen ganzen Mann für sich, aber die Fäden all der verschiedenen Gebiete des Reichsamt des Innern müssen doch in einer Hand zusammenlaufen. Für die Abgriffe auf dem Gebiete der Kriegsgesellschaften ist der Staatssekretär des Reichsamt des Innern nicht verantwortlich, aber er sollte wenigstens der Schaffung noch weiterer solcher Gesellschaften energiglichen Widerstand entgegenzusetzen. Wenn jetzt noch Ein- und Auszug stattfinden, so sollte man froh darüber sein und dem nicht noch händer Schwierigkeiten in den Weg legen. Mit der Zustimmung auf die sogenannten Kriegsnachschüsse wird häufig Mißbrauch getrieben. Auch die Berücksichtigung des kleinen Wirtschaftens gehört zu den Kriegsnachschüssen. Darauf sollte bei den Zusammenlegungen von Betrieben um mehr Rücksicht genommen werden. Die Wasserstraßen können planmäßig und einheitlich nur vom Reich gebaut werden. Hier trifft in erhöhtem Maße zu, was für die Eisenbahnen gilt. Die Arbeiter wird man nach dem Kriege nicht mehr als Feinde der Gesellschaft betrachten dürfen. Die sozialdemokratische Arbeiterkraft hat ihre vaterländische Pflicht keinen Augenblick vergessen. Deshalb wird die Grundhaltung ihr gegenüber nach dem Kriege eine andere werden müssen. Wir brauchen nach dem Kriege die Kräfte, um unser Wirtschaftsleben wieder aufzubauen.

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch 1 Uhr verlegt. (Auserdem: Etat des Reichsjustizamt und der Reichseisenbahnen.)

Abg. Ledebour (Soz. Uth.): Angesichts der großen Ereignisse in Russland, bedauern wir, daß heute nicht der Etat des

Reichsamtlers zur Verhandlung gekommen ist. Sollte es den Bedürfnissen des Präsidenten nicht gelingen, den Reichsamtler zu bewegen, in der nächsten Zeit hier Rede und Antwort zu stehen, zu werden wir bei nächster Gelegenheit beantragen, den Etat des Reichsamtlers und des Auswärtigen Amtes zur Verhandlung zu stellen, damit endlich diese Fragen hier gründlich zur Befriedigung des ganzen Volkes erörtert werden können. Schluß gegen 7 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Landtagswahl in Berlin XI.

Bei der gestrigen Erziehung eines Landtagsabgeordneten im ersten Berliner Landtagswahlbezirk an Stelle des früheren Abgeordneten Liebknecht erhielten Schriftsteller Mehring (SL) 34 Stimmen, Ingenieur Frig Hausberg (liberal) 44 Stimmen und Eisenbahnarbeiter Louis Brunner (SD) 42 Stimmen. Mehning ist Mehning gewählt.

Aus der Partei.

Bei den Gemeindevahlen in Dänemark erzielten die Sozialdemokraten erhebliche Fortschritte. In Kopenhagen wurde die Mehrheit der Stimmen erobert: 7.000 Stimmen und drei Mandate wurden gewonnen. Von 55 Mandaten sind 30 in den Händen der Sozialdemokraten. Die Herrschaft im Rathaus der Hauptstadt ist gesichert und befestigt. Auch in zahlreichen Provinzstädten und auf dem Lande wurde vielfach die Majorität der Stimmen und Mandate gewonnen, so in Randers und Vejle. Fast überall ist unsere Stimmenzahl stark gestiegen, während die der bürgerlichen Parteien vielfach zurückgegangen ist.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 21. März.

Die Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität beschäftigte den Bürgerausschuß in seiner heutigen Sitzung. Beantwortet ist ein Kriegszuschlag von 20 Prozent auf die Preise für Gas und Elektrizität sowie auf die bisherigen Mieten für Gas und Elektrizitätsmeter; durch Münzgasmesser entnommenes Gas soll um 3 Pfg. pro Kubikmeter erhöht werden. Der Bürgerausschuß lehnte einen Antrag auf Kommissionberatung sowie die Erhöhung der Mieten für Gas- und Elektrizitätsmeter ab, erklärte sich aber im übrigen für den 20prozentigen Zuschlag.

Der Bürgerausschuß wählte in seiner heutigen Sitzung seinen Protokollführer Dr. Bruns für das gleiche Amt auf fünf Jahre wieder. Mitgenommt wurden die Senatsanträge auf Bewilligung einer staatsseitigen Beihilfe in Höhe von 4900 Mk. an die Kirchengemeinde Schutup; Nachbewilligung in Höhe von 5258,66 Mk. auf die Artikel 11 und 83 des Haushaltsplans für 1915; unentgeltliche Ueberlassung eines Grundstückes in Blankensee an den Reichs- (Militär-)Fiskus; Grundstücksaustausch mit der Firma Wilhelm G. Schröder Nachf. Zur Mitgenehmigung der Bürgerausschuß werden gutachtlich empfohlen: Nachbewilligungen von Mehrgeldausgaben beim Stadt- und Landamt (13.925,31 Mk.) und für Disconto auf Sparanweisungen (64.229,74 Mk.) im Rechnungsjahre 1915; Gewährung einer Rente in Höhe von 500 Mk. jährlich an die Witwe des Wagenknechters der Straßenbahn Fr. Posthof; Verstärkung der budgetmäßigen Ausgaben der Betriebsbehörde im Rechnungsjahre 1915; Verstärkung der der Baubehörde im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1915 zur Verfügung gestellten Mittel; Nachbewilligung auf die budgetmäßigen Ausgaben der Strafanstalt Lauenhof im Rechnungsjahr 1915; Verstärkung der budgetmäßigen Mittel der Strafanstalt Lauenhof für das Rechnungsjahr 1916; Verstärkung der budgetmäßigen Mittel der Heilanstalt Strecknis für das Rechnungsjahr 1916. Die Kommission zur Vorprüfung des Senatsantrages betreffend Gründung eines Mädchenheimbes am Ratteplan in der Vorstadt mündlichen Bericht, in dem sie sich gegen den Plan das Heim in Aussicht genommenen Platz an der Straßendorfer Wee ausspricht.

Die sozialdemokratischen Frauen halten heute abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus einen Gesandten ab. Genosse Ehrlein wird bei dieser Gelegenheit über Ernährungsfragen und ihre Regelung berichten. Zahlreicher Besuch ist notwendig.

Frühlingsanfang im Schnee. Wenn man es nicht auf dem Kalender lesen könnte und somit bestimmt wüßte, würde man es nicht glauben, daß heute der Frühling seinen Einzug hält. Denn draußen steht es gerade gegenwärtig wieder sehr winterlich aus. Schon gestern nachmittag rief der Wind recht unangenehm kalt aus Norden und Osten; abends stellte sich dann Schneefall ein, und nun haben wir wieder die untern Nischen in diesem Winter so sehr vertraute Schneelandschaft. Und gerade hatte das Laumetter mit dem alten Schnee aufgeräumt. "Der Winter ist ein rechter Mann, fernfest und auf die Dauer", ein diesmal besonders zutreffendes Dichterwort. Das wird uns aber nicht irre machen können in der Zwischenzeit. Es muß doch Frühling werden! Mit Frühlingsanfang wächst der Tag über die Nacht hinaus. Die Sonne verdrängt die Finsternis und die hellen Stunden werden zahlreicher als die dunklen. Möchte es bald auch in den Herzen der Menschen so werden!

Über Feuerungsmittel im Haushalt. Das Polizeiamt veröffentlicht folgendes: In letzter Zeit sind mehrfach Klagen darüber laut geworden, daß die Beheizung der Haushalte mit Feuerungsmitteln zu wünschen übrig lasse. Ein Teil der Bewohner ist darauf zurückzuführen, daß an gewissen Heizmitteln bei den Feuerungshändlern zurzeit Mangel herrscht. In dieser Hinsicht kann mitgeteilt werden, daß bei den Lübeck Kohlenhändlern Kleinkohl in ausreichenden Mengen vorhanden ist. Es kann daher nur dringend empfohlen werden, sich nach Möglichkeit dieses Heizmittels zu bedienen, und es auch da zu verwenden, wo bisher andere Feuerung, wie Briketts, Sarrkohl und Anthrazitkohlen, verwendet wurden. Ewige Wünsche und Anfragen wolle man im Hause Schüsselbuden 1611, Zimmer 1, anbringen.

Ein Verbot der privaten Eisenherstellung erläßt heute das Polizeiamt. Wir verweisen auf die diesbezügliche Anzeige. Der Elbe-Trade-Kanal ist von heute ab wieder für alle Fahrzeuge freigegeben.

Zum Teufel ist der Spiritus... Als gestern vormittag ein mit großen Spritzen beladenes Fuhrwerk der Firma Barbs die Holzentwege hinauf fuhr, kamen plötzlich drei dieser dickhäutigen Behälter, getriebener Blüffiger in Bewegung und tollerten vom Wagen. Dieser Sturz verlegte sie so erheblich, daß ihr Gefährt in dieser Zeit besonders begabter und kostbarer Inhalt sich in Schrammen über die Straße ergoß. Zu welchen verschiedenen Zwecken hatte diese Menge Spiritus, die so ihren Beruf verlor, wohl wohl dienen können, dachte jeder Mäher der Zeugen des Unfalls.

Zur Stadttheater gelangt am Sonnabend die Tragödie "Liebe" von Wülgang zur Aufführung ein Werk, in dem der Dichter komplizierte Fragen von hohem Ernst behandelt. Mit diesem Gegenstande stehen naturgemäß auch ernsthafte Dinge im unangenehmsten Zusammenhang, deren dichterische Gröberung nur vor einem ernsten und reifen Publikum erfolgen kann. Das Problem der Ehe und Liebe ist keine Angelegenheit für Kinder; deshalb möchten wir die Eltern darauf hinweisen, Jugendlichen unter 16 Jahren nicht in die Aufführung von "Liebe" mitzunehmen; oder gar allein dort hingehen zu lassen. Das Werk ist seine dichterische Schönheit wird jedoch Erwachsene herzlich festlich und guten Vergnügen bereiten.

Die Meldung der Glocken aus Bronze betrifft eine Bekanntmachung des Polizeiamts im Anzeigenteil, auf die wir hierdurch hinweisen möchten. Ferner weist das Polizeiamt vor Abgabe von Aktron.

Getrockneter Kaffeegrund. Einer Aufforderung der Trocknertummittel-Gesellschaft in Berlin entsprechend hat der Nationale Frauendienst Lübeck im Einvernehmen mit den hiesigen Behörden eine Sammlung von getrocknetem Kaffeegrund in die Wege geleitet. An alle Haushaltungen, die ihren Kaffeegrund bisher nicht verwerteten, richtet der Nationale Frauendienst die Bitte, ihn künftig zu sammeln und getrocknet einer der genannten Sammelstellen zuzuführen. Er wird dann nach der erforderlichen Verarbeitung als Viehfutter verwendet und kommt in dieser Weise unserer Ernährung zugute.

pb. Ermittelt und festgenommen wurden zwei Arbeiterinnen die seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen schweren Diebstahls nachdrücklich verfolgt wurden.

pb. Wegen Freiwuchers zur Anzeige gebracht wurde ein Gastwirt aus der Marlesarube. Derselbe hatte zwei mittelgroße Schinken eines von ihm selber geschlachteten Schweins für 12 Mk das Pfund hier am Orte verkauft und dafür einen Erlös von über 300 Mk. erzielt.

pb. Diebstahl. Von der Auslage eines Schuppenstiers in der Böttcherstraße sind in letzter Nacht acht Schachteln Schuppenstiere und drei Gläser Rognwasser gestohlen worden.

Leer. Dreifacher Mord durch einen Serben. Ein serbischer Kriegsgefangener war bei einem Landwirt in der Nähe von Leer (Ostfriesland) untergebracht worden. Er versuchte sich an der Hausdame zu vergreifen. Als das Mädchen sich wehrte, ergriff der Mörder das Messer und durchschnitt ihm die Kehle. Die Mutter, zur Hilfe eilend, erlitt dasselbe Schicksal. Der Mörder flüchtete. Auf dem hohen Moor bei Rapsburg verlangte er vom Schäfer Nie aus Rapsburg die Herausgabe seiner Kleidung. Als der Schäfer sich weigerte, durchschnitt ihm der Serbe ebenfalls die Kehle und setzte die Flucht, mit einem Schafemantel angetan, fort. Er wurde an der holländischen Grenze ergreifen.

bestens 4000 Tote. Die Zahl der Verwundeten ist noch nicht annähernd abzuschätzen, soll aber mindestens das Doppelte betragen. Die Krankenhäuser und Militär-Lazarette sind überfüllt. Angeblich spielten sich bei der Erstürmung des Winter-Palais, das als Volkseigentum betrachtet wird, ähnliche Szenen blinder Zerstörungswut ab, wie bei der Zerstörung des deutschen Volkshausgebäudes am Jaapplatz im August 1914. Der an Gebäuden angebrachte Schaden wird als unabweisbar bezeichnet. Bestimmte Nachrichten über die Wiederherstellung der Ordnung in Moskau fehlen noch immer. Nach umlaufenden Gerüchten riefen die Moskauer Truppen die Republik aus.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Schwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Steilling, Verleger: Th. Schwarzh. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Neueste Nachrichten.

Stockholm, 20. März. Nach übereinstimmenden Nachrichten betragen die Opfer der Petersburger Straßenkämpfe min-

Die Kriegsanleihe ist die Waffe der Dahelimgediebener.

Meldung der Glocken aus Bronze.

(Zur Ausführung der Bekanntmachung Nr. M. 1/1. 17. K. R. A. vom 1. März 1917: Lübeck, Anz. Nr. 109.)

Bis zum Mittwoch, dem 4. April d. J., sind der Polizeikasse die aus Bronze gegossenen Glocken zu melden. Ausgenommen sind Glocken von weniger als 20 Kilogramm Gewicht, Glocken von mechanisch betriebenen Glockenspielern, Glocken für Signalzwecke bei Eisenbahnen, auf Schiffen, Straßenbahnen und Feuerwehrfahrzeugen.

Die Meldung erfolgt auf amtlichem Vordruck in nachstehenden drei Gruppen:

Gruppe A: Hier sind diejenigen Glocken zu melden, für die eine Zurückstellung oder eine Befreiung aus den für die Gruppen B und C aufgeführten Gründen nicht in Frage kommt.

Gruppe B: Hier sind diejenigen Bronzeglocken zu melden, für die eine vorläufige Zurückstellung von der Enteignung und Ablieferung aus nachstehend angeführten Gründen gefordert wird und zwar:

1) wenn kein besonderer, sondern nur ein mäßiger wissenschaftlicher, geschichtlicher oder Kunstwert vorliegt oder solche Bronzeglocken noch nicht oder nicht endgültig beurteilt worden sind;

2) wenn eine Glocke für die Bedürfnisse des Gottesdienstes in einem Geläute erhalten bleiben soll, für das die unter 1 und 3 angeführten Vereinerungsgründe keine Anwendung finden können. In diesem Falle wird der Kirchengemeinde nur die Bronzeglocke vom geringsten Gewicht befallen werden;

3) wenn die Kosten des Einbaues der Gricglocken ausschließlich des Wertes derselben den Uebnahmepreis für das ausgebaute Bronzegewicht überschreiten würden.

Gruppe C: Hier sind diejenigen Bronzeglocken zu melden, für die ein besonderer wissenschaftlicher, geschichtlicher oder Kunstwert von den zuständigen Sachverständigen bescheinigt worden ist.

Bronzeglocken von wissenschaftlichem, geschichtlichem oder Kunstwert über die ein endgültiges Gutachten der zuständigen Sachverständigen zum Termin der Meldung noch nicht vorliegt, sind von den Betroffenen unter Gruppe B zu melden. Zur Begutachtung ist ein Auszug, bestehend aus dem Privatgelehrten Dr. phil. Friedrich Sinas, Baurat Dedittus und Staatsarchivar Archivar Dr. Kreschmar, zuständig.

Die Gründe für die beantragte vorläufige Zurückstellung, Name, Wohnort, Sitz der herangezogenen Sachverständigen sind in dem Meldebogen anzugeben.

Für jedes Geläute ist ein besonderer Meldebogen einzureichen; bei mehreren Glocken ist jede Glocke besonders in dem Meldebogen aufzuführen.

Befreiungsanträge entbinden nicht von der Verpflichtung zur Meldung.

Meldebordrucke sind vom 25. d. Mts. ab auf der Polizeikasse erhältlich.

Auf die Strafbestimmungen der Bekanntmachung des Herrn Reichsgerichtspräsidenten vom 21. März 1917.

Das Polizeiamt.

Bericht der privaten Seifenherstellung.

Die Verordnung des Bundesrats vom 6. Januar 1916 in der Fassung vom 21. Juli 1916 (Reichs-Ges. Bl. S. 765) schreibt unter anderem vor:

Flüssige und feste Seife sowie aus diesen gewonnene Öle und Kerzen dürfen zur Herstellung von Seife und anderen Seifenmitteln, die genannten Öle und Kerze auch zur Herstellung von Leder jeder Art nicht verarbeitet oder sonst verwendet werden.

Dieses Verbot, das der Verwendung von Fetten die zur wesentlichen Grundzutat geeigneter sind, zur Herstellung von Seifen entgegensteht, gilt in gleicher Weise wie für die gewerbliche auch für die private Seifenherstellung. Die Uebernahme des Verbotes ist in der Verordnung mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bedroht.

Lübeck, den 20. März 1917.

Das Polizeiamt.

Warnung vor der Abgabe von Aktron.

In letzter Zeit ist es, meistens in anderen Zeiten des Reichswehns vorgeschrieben, daß in Haushalten aus Fett und unter Anwendung von Seife (Natriumcarbonat) Seife hergestellt wurde. Diese verbotene Verarbeitung von Fett war nach dem Reichsgesetz, daß die Hausfrau sich des Aktron im Haushalt bedienen konnte. Der in Bronze bestehende Teil der Handwehre wird darauf aufmerksam gemacht, daß Aktron zu den besten die Verwendung des Aktron am 21. Januar 1895 fallenden Gesetze gehört und daher nur an 21 Jahren abgeben werden darf. Die als vorläufig bekannt und nach dem Gesetz in einem erteilten genehmigten, wissenschaftlichen, geschichtlichen oder künstlerischen Werte besitzen wollen. Einige der Abgebenden aus dem Vorhandensein dieser Bescheinigungen keine über. Ferner hat, daß er Aktron nur gegen einen Erlaubnisbescheinigung des Reichswehns abgeben. Uebernahme dieser Bescheinigungen sind mindestens mit Geldstrafe bis zu hundertachtzig Mark oder mit Haft bis zu sechs Wochen bedroht.

Lübeck, den 21. März 1917.

Das Polizeiamt.

Mit Rücksicht auf die Verteilung von Suppenmehl sei nachstehend eine kurze Kochanweisung gegeben:

Man rühre 100 Gramm Suppenmehl mit etwas kochendem Wasser an, tue dies in 1 1/2 Liter kochendes Wasser und lasse es unter öfterem Umrühren eine Stunde kochen. Weder Salz noch Gewürz hinzunehmen.

Oder man kochte eine Rüben- oder kohlige Gemüsesuppe und diese mit Suppenmehl.

Ueber Feuerungsmittel im Haushalte

In letzter Zeit sind mehrfach Klagen darüber laut geworden, daß die Belieferung der Haushalte mit Feuerungsmitteln zu wünschen übrig lasse. Ein Teil der Umstände ist darauf zurückzuführen, daß an gewissen Zeitpunkten bei den Feuerungshändlern argzeitig Mangel herrscht. In dieser Hinsicht kann mitgeteilt werden, daß bei den Lübecker Kohlenhändlern Kleinstofe in mindestens ausreichenden Mengen vorhanden ist. Es kann daher nur dringend empfohlen werden, sich nach Möglichkeit dieses Heizmittels zu bedienen, und es auch da zu verwenden, wo bisher andere Feuerung, an der argzeitig Mangel herrscht, wie Briketts, Hartkoks und Anthracitkohlen, verwendet wurde. Etwasige Wünsche und Anfragen wolle man im Hause Schiffsbuden Nr. 16 anbringen.

Lübeck, den 20. März 1917.

Das Polizeiamt.

Da es unumgänglich ist, für die erweiterten Anforderungen und Geschenke zu einer silbernen Hochzeit jedem einzeln zu danken, laden wir hierdurch allen, insbesondere den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Subca-Becke, hierzu herzlich ein.

Ernst Schmidt u. Frau

Einzeladri. 8009

Nach kurzem Abschieden werden ersehnter Maßen am 21. März um 7 1/2 Uhr nachts und ruhig im 56. Lebensjahre mein lieber Mann, unter guter Taub, Schenke, Grobater und Bruder, der Heimarbeiter

Adolf Bockwold.

Im neuer Trauer (5127)

Elise Bockwold geb. Hertel

Carl Weidmann und Frau geb. Bockwold

und Entschieden.

Lübeck, Krenzschloßer Allee 58.

Beerdigung Sonntag, den 25. März um 10 1/2 Uhr in der Kapelle des St. Marien Friedhofes.

Seine Beerdigung vor dem

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Freitag, den 2. April zu

Vaterländischer Hilfsdienst

Öffentliche Versammlung

am Donnerstag, 22. März 1917, abds. 8 1/4 Uhr im Marmorjaale des Stadttheaters.

Vortrag

des Leiters der Hilfsdienst-Meldestelle Lübeck Rat Dr. Cunt über:

Die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes.

Nach dem Vortrag Beantwortung von Anfragen. Die Anfragen können vor dem Vortrage der Hilfsdienst-Meldestelle, Parade 1, schriftlich mitgeteilt oder in der Versammlung im Anschluß an den Vortrag mündlich gestellt werden.

Alle an der Durchführung des Gesetzes Beteiligten sind willkommen.

Die Hilfsdienst-Meldestelle.

Taschenuhren Wanduhren Weckuhren Schmucksach. Willi Westphall

Glasweiben

aller Art off. O. Tausch, Glashandl., Reichshauerstr. 35, Fernr. 2808

Hansa-Theater.

Täglich abends 7 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Laut behördl. Anordnung ist jugendlichen unter 16 Jahren der Besuch dieser Vorstellung verboten.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der Buchdruckerei „Süd. Volksbote“ Johanneistr. 48

Stadttheater.

Mittwoch, den 21. März 1917 Das Dreimäderlhaus

Donnerstag, den 22. März 1917 Wie es euch gefällt

Freitag, den 23. März 1917 Der Troubadour.

Oper von G. Verdi. Anfang der Vorstellungen 7 1/2 Uhr.

Formerwerkzeug

und ein Reibstiel zu verkaufen. 80107 Dundebr. 31/5

Ges. ein kl. Küchenschrank

mit Aufsatz. Angeb. mit Preisunt. W E 47 an die Exp. (8014)

Gemüseimereien

Gemüsefüllungsmittel empfiehlt (8024) Schein & Wege, Mengstr. 10.

Leder.

kersecken, bester und billigster Sohlenparier bei (8013) C. Grimm Nehf. Schlemmerstr. 6. Von 8-1 und 4-6 Uhr.

Düngemittel

für den Gemüsegarten empfiehlt Schein & Wege, Mengstr. 10. Samenhandlung. (8016)

Sammlung von getrocknetem Kaffeegrund.

Sammler: Frau G. Behrens, Nachbarger Allee 20. Frau Dr. Joh. Schaefer, 10. Frau M. Keltze, Fernstr. 31. Frau Dr. Leber, Allee, Schillerstr. 1a. Frau Herm. Meyer, Frankstr. 17. Frau Th. Böhm, Reckstr. 1c. (8021) Nationaler Frauendienst Lübeck.

